

GRUNDSATZPROGRAMM

Entwurf zuhanden HV 7. Juni 24, nach Lesung durch Mitgliederversammlung vom 3. März und Vorstand vom 3. Mai 24!

Die Gruppe für Innerrhoden (nachstehend GFI genannt) orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

1. Die GFI betreibt politische Meinungsbildung und nimmt zu politischen Fragen Stellung. Dies geschieht durch Information und konkrete Aktionen wie z.B. Volksinitiativen oder Vorstösse im Grossen Rat.

2. Die GFI setzt sich für soziale Rechte ein, die dem Einzelnen Wohlergehen innerhalb einer offenen, toleranten und demokratischen Gesellschaftsordnung ermöglichen.

2. Die GFI unterstützt die Durchsetzung der Freiheits- und Gleichheitsrechte aller, insbesondere der Gleichstellung aller Menschen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

3. Die GFI setzt sich ein für den Schutz unserer Umwelt und engagiert sich gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Natur.

4. Die GFI unterstützt ein friedliches Zusammenleben und die unvoreingenommene Verständigung zwischen Menschen und Gemeinschaften.

5. Die GFI strebt gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Problemlösungen aus ganzheitlicher Betrachtungsweise an.

ZIELSETZUNGEN

STAATSPOLITISCHES

- Totalrevision der Kantonsverfassung
- Reorganisation der politischen Strukturen Innerrhodens
- Stärkung der Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft
- Einführung des Proporzwahlsystems in grossen Bezirken
- Stimmrecht für Ausländer der 2. Generation
- Förderung einer vielfältigen Medienlandschaft

UMWELT

- Stopp der Zersiedelung, Konzentration der Siedlungsgebiete
- haushälterischer Umgang mit dem Boden (Förderung verdichteter Bauweise, Redimensionierung der Bauzonen, Förderung der Erhältlichkeit von eingezontem Bauland)
- massvolle Strassenbaupolitik (zurückhaltende Wald- und Alperschliessungen, naturnahe Neu- und Sanierungsbauten)
- Förderung der Aufenthaltsqualität und Gestaltung der Dorfkerne
- Förderung des öffentlichen Verkehrs
- Förderung des Langsamverkehrs (Velo, Fussgänger)
- Förderung dezentraler Energieversorgung, insbesondere von Alternativ-Energien

- Beibehaltung der Einsprachemöglichkeiten für Umweltschutzverbände
- Erhaltung und Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität
- Durchsetzung und Stärkung der Umweltschutz-Gesetzgebung
- Förderung der Biodiversität
- Abfallvermeidung (Recycling, gegen Food Waste, Reparieren statt Wegwerfen)

WIRTSCHAFT / SOZIALES

- Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze
- umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft (Verzicht auf bodenunabhängige Produktion)
- bezahlbare Wohnungen (Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus)
- aktive Bodenpolitik der Öffentlichen Hand
- sanfter Tourismus
- existenzsichernde AHV/IV
- zeitgemässe Kinder- und Familienzulagen, Elternschaftsversicherung
- familienfreundliche steuerliche Rahmenbedingungen
- Förderung ausserfamiliärer und ausserschulischer Kinderbetreuung
- Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung
- Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen (z.B. Gesundheitswesen, Post, Bahn, Schule [Service public], Sicherstellung Wasser- und Energieversorgung in öffentlicher Hand, Internet)
- Integration von Menschen mit Beeinträchtigung

KULTUR UND BILDUNG

- Erhaltung und Förderung des Bildungsangebotes
- Unterstützung eines breiten Kulturangebotes
- zeitgemässe Angebote für die Freizeitgestaltung von Jung und Alt
- Schutz und Pflege von Heimat, Landschaft und Ortsbildern sowie des immateriellen Kulturerbes
- Herausgabe einer Fasnachtszeitung

